Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EWG) Nr. 974/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen	1
Verordnung (EWG) Nr. 975/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	3
Verordnung (EWG) Nr. 976/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Milch und Milcherzeugnisse	5
Verordnung (EWG) Nr. 977/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse	10
Verordnung (EWG) Nr. 978/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl sowie der Einfuhrabschöpfungen für andere Erzeugnisse des Olivenölsektors	29
* Entscheidung Nr. 979/88/EGKS der Kommission vom 13. April 1988 zur Änderung der Entscheidung Nr. 163/88/EGKS über die Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von bestimmtem Warmbreitband aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Algerien, Mexiko und Jugoslawien	32
* Entscheidung Nr. 980/88/EGKS der Kommission vom 13. April 1988 zur Änderung der Entscheidung Nr. 229/88/EGKS über die Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Bleche aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Jugoslawien	33
* Verordnung (EWG) Nr. 981/88 der Kommission vom 14. April 1988 über eine abweichende Maßnahme für das Wirtschaftsjahr 1987/88 in Italien für die Mitteilungen der Erzeuger über ihre zur obligatorischen Destillation zu liefernden Tafelweinemengen	34

* Verordnung (EWG) Nr. 982/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3744/87 mit Durchführungsbestimmungen für die Lieferung von Nahrungsmitteln aus Interventionsbeständen an bezeichnete Organisationen zur Verteilung an stark benachteiligte Personen in der Gemeinschaft	35
* Verordnung (EWG) Nr. 983/88 der Kommission vom 14. April 1988 mit Sondervorschriften über die Vermarktung von Olivenöl, das unerwünschte Stoffe enthält	36
Verordnung (EWG) Nr. 984/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 962/88 zur Aussetzung der Erteilung von Einfuhrlicenzen für Tafeläpfel mit Ursprung in Chile	37
Verordnung (EWG) Nr. 985/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von frischen Zitronen mit Ursprung in Spanien (ausgenommen den Kanarischen Inseln)	38
Verordnung (EWG) Nr. 986/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 915/88 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tomaten mit Ursprung in Spanien (mit Ausnahme der Kanarischen Inseln)	40
Verordnung (EWG) Nr. 987/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Artischocken mit Ursprung in Spanien (ausgenommen den Kanarischen Inseln)	41
Verordnung (EWG) Nr. 988/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 927/88 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tomaten mit Ursprung auf den Kanarischen Inseln	43
Verordnung (EWG) Nr. 989/88 der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen	44

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

88/218/EWG :

* Richtlinie des Rates vom 11. April 1988 zur Änderung der Richtlinie 85/3/EWG über die Gewichte, Abmessungen und bestimmte andere technische Merkmale bestimmter Fahrzeuge des Güterkraftverkehrs	48
--	----

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 974/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen
oder Roggen anwendbaren EinfuhrabschöpfungenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3989/87⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 4047/87 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :— für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung inHöhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichti-
gungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeff-
fizienten festgestellt wird.Diese Wechselkurse sind die am 13. April 1988 festge-
stellten Kurse.Der vorgenannte Berichtigungsfaktor bezieht sich auf alle
Berechnungselemente der Abschöpfung, einschließlich
der Äquivalenzkoeffizienten.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
4047/87 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen
Angebotspreise und Notierungen, von denen die
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeug-
nisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang
festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. April 1988 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1987, S. 99.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungen	
	Portugal	Drittländer
0709 90 60	14,54	174,10
0712 90 19	14,54	174,10
1001 10 10	71,19	258,97 ⁽¹⁾ (?)
1001 10 90	71,19	258,97 ⁽¹⁾ (?)
1001 90 91	9,43	190,81
1001 90 99	9,43	190,81
1002 00 00	49,73	167,52 ⁽⁶⁾
1003 00 10	43,41	174,69
1003 00 90	43,41	174,69
1004 00 10	99,87	147,51
1004 00 90	99,87	147,51
1005 10 90	14,54	174,10 ⁽²⁾ (?)
1005 90 00	14,54	174,10 ⁽²⁾ (?)
1007 00 90	38,03	184,12 ⁽⁶⁾
1008 10 00	43,41	99,53
1008 20 00	43,41	144,03 ⁽⁶⁾
1008 30 00	43,41	62,02 ⁽⁶⁾
1008 90 10	(?)	(?)
1008 90 90	43,41	62,02
1101 00 00	28,19	281,17
1102 10 00	84,61	249,15
1103 11 10	124,11	415,16
1103 11 90	28,27	301,49

(¹) Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

(²) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 486/85 des Rates werden keine Abschöpfungen bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in die französischen überseeischen Departements erhoben.

(³) Für Mais mit Ursprung in den AKP oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

(⁴) Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 50 % verringert.

(⁵) Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

(⁶) Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission bestimmt.

(⁷) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Unterposition 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 975/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

**zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl
und Malz hinzugefügt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3989/87⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15
Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und
Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 4048/87 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser

Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichti-
gungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeff-
zienten festgestellt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 13. April 1988 festge-
stellten Kurse.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-
Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden
Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden,
wie im Anhang dieser Verordnung angegeben geän-
dert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verord-
nung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten
Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus
Portugal hinzuzufügen sind, sind auf Null festgesetzt.

(2) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verord-
nung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten
Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus
Drittländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festge-
setzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. April 1988 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1987, S. 102.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7
0709 90 60	0	0	0	0
0712 90 19	0	0	0	0
1001 10 10	0	0	0	0
1001 10 90	0	0	0	0
1001 90 91	0	0	0	0
1001 90 99	0	0	0	0
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 90	0	0	0	0
1004 00 10	0	0	0	0
1004 00 90	0	0	0	0
1005 10 90	0	0	0	0
1005 90 00	0	0	0	0
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	12,22	12,22	12,22
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	0	0

B. Malz

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7	4. Term. 8
1107 10 11	0	0	0	0	0
1107 10 19	0	0	0	0	0
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 976/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Milch und Milcherzeugnisse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Milch und Milcherzeugnisse ⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 744/88 ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 14 Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die für Milch und Milcherzeugnisse bei der Einfuhr zu
erhebenden Abschöpfungen sind mit der Verordnung
(EWG) Nr. 889/88 der Kommission ⁽³⁾ festgesetzt worden.

Die Anwendung der in Verordnung (EWG) Nr. 889/88
enthaltenen Modalitäten auf die Preise, von denen die
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der

gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die in Artikel 14 Absatz 2 der Verordnung (EWG)
Nr. 804/68 genannten Einfuhrabschöpfungen werden im
Anhang festgesetzt.

(2) Bei der Einfuhr aus Portugal, einschließlich Azoren
und Madeira, werden für in Artikel 1 der Verordnung
(EWG) Nr. 804/68 genannte Milch und Milcherzeugnisse
keine Einfuhrabschöpfungen erhoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. April 1988 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 78 vom 23. 3. 1988, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 88 vom 1. 4. 1988, S. 15.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Milch und Milcherzeugnisse

(ECU/100 kg Eigengewicht, ausgenommen andere Angaben)

KN-Code	Fußnoten	Höhe der Abschöpfung
0401 10 10		18,50
0401 10 90		17,29
0401 20 11		25,73
0401 20 19		24,52
0401 20 91		31,77
0401 20 99		30,56
0401 30 11		82,32
0401 30 19		81,11
0401 30 31		158,91
0401 30 39		157,70
0401 30 91		267,11
0401 30 99		265,90
0402 10 11		130,76
0402 10 19		123,51
0402 10 91	(¹)	1,2351/kg + 32,29
0402 10 99	(¹)	1,2351/kg + 25,04
0402 21 11		198,05
0402 21 17		190,80
0402 21 19		190,80
0402 21 91		236,96
0402 21 99		229,71
0402 29 11	(¹) (²)	1,9080/kg + 32,29
0402 29 15	(¹)	1,9080/kg + 32,29
0402 29 19	(¹)	1,9080/kg + 25,04
0402 29 91	(¹)	2,2971/kg + 32,29
0402 29 99	(¹)	2,2971/kg + 25,04
0402 91 11		30,88
0402 91 19		30,88
0402 91 31		38,60
0402 91 39		38,60
0402 91 51		158,91
0402 91 59		157,70
0402 91 91		267,11
0402 91 99		265,90
0402 99 11		53,76
0402 99 19		53,76
0402 99 31	(¹)	1,5528/kg + 28,67
0402 99 39	(¹)	1,5528/kg + 27,46
0402 99 91	(¹)	2,6348/kg + 28,67
0402 99 99	(¹)	2,6348/kg + 27,46

(ECU/100 kg Eigengewicht, ausgenommen andere Angaben)

KN-Code	Fußnoten	Höhe der Abschöpfung
0403 10 11		28,14
0403 10 13		34,18
0403 10 19		84,73
0403 10 31	(¹)	0,2210/kg + 31,08
0403 10 33	(¹)	0,2814/kg + 31,08
0403 10 39	(¹)	0,7869/kg + 31,08
0403 90 11		130,76
0403 90 13		198,05
0403 90 19		236,96
0403 90 31	(¹)	1,2351/kg + 32,29
0403 90 33	(¹)	1,9080/kg + 32,29
0403 90 39	(¹)	2,2971/kg + 32,29
0403 90 51		28,14
0403 90 53		34,18
0403 90 59		84,73
0403 90 61	(¹)	0,2210/kg + 31,08
0403 90 63	(¹)	0,2814/kg + 31,08
0403 90 69	(¹)	0,7869/kg + 31,08
0404 10 11		25,37
0404 10 19	(¹)	0,2537/kg + 25,04
0404 10 91	(²)	0,2537/kg
0404 10 99	(²)	0,2537/kg + 25,04
0404 90 11		130,76
0404 90 13		198,05
0404 90 19		236,96
0404 90 31		130,76
0404 90 33		198,05
0404 90 39		236,96
0404 90 51	(¹)	1,2351/kg + 32,29
0404 90 53	(¹)	1,9080/kg + 32,29
0404 90 59	(¹)	2,2971/kg + 32,29
0404 90 91	(¹)	1,2351/kg + 32,29
0404 90 93	(¹)	1,9080/kg + 32,29
0404 90 99	(¹)	2,2971/kg + 32,29
0405 00 10		275,78
0405 00 90		336,45
0406 10 10		287,38
0406 10 90		334,46
0406 20 10	(²)	399,55
0406 20 90		399,55
0406 30 10	(²)	220,92
0406 30 31	(²)	216,07
0406 30 39	(²)	220,92
0406 30 90	(²)	317,64
0406 40 00	(²)	157,44
0406 90 11	(²)	254,61

(ECU/100 kg Eigengewicht, ausgenommen andere Angaben)

KN-Code	Fußnoten	Höhe der Abschöpfung
0406 90 13	(³)	245,48
0406 90 15	(³)	245,48
0406 90 17	(³)	245,48
0406 90 19	(³)	399,55
0406 90 21	(³)	254,61
0406 90 23	(³)	237,74
0406 90 25	(³)	237,74
0406 90 27	(³)	237,74
0406 90 29	(³)	237,74
0406 90 31	(³)	237,74
0406 90 33		237,74
0406 90 35	(³)	237,74
0406 90 37	(³)	237,74
0406 90 39	(³)	237,74
0406 90 50	(³)	237,74
0406 90 61		399,55
0406 90 63		399,55
0406 90 69		399,55
0406 90 71		287,38
0406 90 73		237,74
0406 90 75		237,74
0406 90 77		237,74
0406 90 79		237,74
0406 90 81		237,74
0406 90 83		237,74
0406 90 85		237,74
0406 90 89	(³)	237,74
0406 90 91		287,38
0406 90 93		287,38
0406 90 97		334,46
0406 90 99		334,46
1702 10 90	(⁴)	42,54
2106 90 51		42,54
2309 10 15		95,05
2309 10 19		123,46
2309 10 39		116,38
2309 10 59		97,62
2309 10 70		123,46
2309 90 35		95,05
2309 90 39		123,46
2309 90 49		116,38
2309 90 59		97,62
2309 90 70		123,46

-
- (¹) Die Abschöpfung für 100 kg der Ware dieser Unterposition ist gleich der Summe aus :
- a) dem je kg angegebenen Betrag, multipliziert mit dem Gewicht des Milch- und Rahmbestandteils in 100 kg der Ware ;
 - b) dem angegebenen anderen Betrag.
- (²) Die Abschöpfung je 100 kg der Ware dieser Unterposition ist gleich :
- a) dem je 100 kg angegebenen Betrag, multipliziert mit dem Gewicht des Trockenmilchbestandteils in 100 kg der Ware und gegebenenfalls erhöht um
 - b) den angegebenen anderen Betrag.
- (³) Für Waren dieser Unterposition, die aus einem Drittland im Rahmen einer zwischen diesem Land und der Gemeinschaft geschlossenen Sondervereinbarung eingeführt werden und für die eine gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1767/82 erteilte Bescheinigung IMA1 vorgelegt wird, gelten die in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Abschöpfungen.
- (⁴) Für Lactose und Lactosesirup der Unterposition 1702 10 10 gilt gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 die Abschöpfung, die auf Lactose der Unterposition 1702 10 90 angewandt wird.
-

VERORDNUNG (EWG) Nr. 977/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Milch und Milcherzeugnisse ⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 744/88 ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 17 Absatz 5,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68
kann der Unterschied zwischen den Preisen der in Artikel
1 der genannten Verordnung aufgeführten Erzeugnisse im
internationalen Handel und den Preisen dieser Erzeug-
nisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der
Ausfuhr ausgeglichen werden.

Nach der Verordnung (EWG) Nr. 876/68 des Rates vom
28. Juni 1968 über die Grundregeln für die Gewährung
von Erstattungen bei der Ausfuhr von Milch und Milcher-
zeugnissen und die Kriterien für die Festsetzung der
Erstattung ⁽³⁾ zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1344/86 ⁽⁴⁾, müssen die Erstattungen für die in
Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannten
Erzeugnisse, die in unverändertem Zustand ausgeführt
werden, unter Berücksichtigung folgender Faktoren fest-
gesetzt werden :

- der Lage und voraussichtlichen Entwicklung der
Preise für Milch und Milcherzeugnisse und der verfüg-
baren Mengen auf dem Markt der Gemeinschaft sowie
der Preise für Milch und Milcherzeugnisse im interna-
tionalen Handel,
- der Vermarktungskosten und der günstigsten Kosten
für den Transport von Märkten der Gemeinschaft zu
den Ausfuhrhäfen oder sonstigen Ausfuhrorten der
Gemeinschaft sowie der Heranführungskosten zum
Bestimmungsland,
- der Ziele der gemeinsamen Marktorganisation für
Milch und Milcherzeugnisse, die diesen Märkten eine
ausgeglichene Lage und eine natürliche Entwicklung
bei den Preisen und dem Handel gewährleisten sollen,

- der Erfordernisse, Störungen auf dem Markt der
Gemeinschaft zu verhindern,
- des wirtschaftlichen Aspektes der beabsichtigten
Ausfuhren.

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.
876/68 werden die Preise in der Gemeinschaft unter
Berücksichtigung der im Hinblick auf die Ausfuhr
günstigsten tatsächlichen Preise ermittelt. Der Ermittlung
der Preise im internationalen Handel erfolgt insbesondere
unter Berücksichtigung

- a) der tatsächlichen Preise auf den Märkten der dritten
Länder,
- b) der günstigsten Einfuhrpreise in den dritten Bestim-
mungsländern bei der Einfuhr aus dritten Ländern,
- c) der in den ausführenden dritten Ländern festgestellten
Erzeugerpreise, gegebenenfalls unter Berücksichtigung
der Subventionen, die von diesen Ländern gewährt
werden,
- d) der Angebotspreise frei Grenze der Gemeinschaft.

Gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 876/68
können die Lage im internationalen Handel oder die
besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte es
notwendig machen, die Erstattung für die in Artikel 1 der
Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannten Erzeugnisse je
nach der Bestimmung oder dem Bestimmungsgebiet in
unterschiedlicher Höhe festzusetzen.

Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 876/68
sieht vor, daß die Liste der Erzeugnisse, für welche eine
Erstattung bei der Ausfuhr gewährt wird, und der Betrag
dieser Erstattung mindestens alle vier Wochen neu festge-
setzt werden. Der Erstattungsbetrag kann jedoch während
eines vier Wochen überschreitenden Zeitraums unverän-
dert beibehalten werden.

Gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1098/68 der
Kommission vom 27. Juli 1968 über die Durchführungs-
vorschriften für die Ausfuhrerstattungen bei Milch und
Milcherzeugnissen ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3812/85 ⁽⁶⁾, entspricht die Erstattung, die
für zugesetzte Saccharose enthaltende Milcherzeugnisse
gewährt wird, der Summe aus zwei Teilbeträgen, von
denen der eine der Milcherzeugnismenge und der andere
der zugesetzten Saccharose Rechnung trägt. Der letzte
Teilbetrag wird jedoch nur berücksichtigt, wenn die zuge-
setzte Saccharose aus in der Gemeinschaft geernteten
Zuckerrüben oder aus in der Gemeinschaft geerntetem
Zuckerrohr hergestellt worden ist.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 78 vom 23. 3. 1988, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 155 vom 3. 7. 1968, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 119 vom 8. 5. 1986, S. 36.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 184 vom 29. 7. 1968, S. 10.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1985, S. 3.

Für die Erzeugnisse der Unterpositionen ex 0402 99 11, ex 0402 99 19, ex 0404 90 51, ex 0404 90 53, ex 0404 90 91 und ex 0404 90 93 der Kombinierten Nomenklatur mit einem Fettgehalt von 9,5 Gewichtshundertteilen oder weniger und einem Fettgehalt von 15 Gewichtshundertteilen oder mehr in fettfreiem Trockensstoff wird der genannte erste Teilbetrag für 100 kg Gesamterzeugnis festgesetzt. Für die anderen zugesetzte Saccharose enthaltenden Erzeugnisse der Positionen 0402 und 0404 wird dieser Teilbetrag errechnet, indem der Grundbetrag mit dem Milcherzeugnisgehalt des betreffenden Erzeugnisses multipliziert wird. Dieser Grundbetrag entspricht der Erstattung, die für 1 Kilogramm Milcherzeugnisse, die in dem Erzeugnis enthalten sind, festgesetzt wird.

Der zweite Teilbetrag wird errechnet, indem der Grundbetrag der Erstattung, der am Tag der Ausfuhr für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3993/87⁽²⁾, genannten Erzeugnisse gilt, mit dem Saccharosegehalt des Erzeugnisses multipliziert wird.

Um ein normales Funktionieren der Erstattungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Erstattung zugrunde zu legen:

- für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁴⁾.
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Kassa-Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und der während des bestimmten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedankenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeffizienten festgestellt wird.

Die Erstattung für Käse wird für zum unmittelbaren Verbrauch bestimmte Erzeugnisse berechnet. Käserinden und Käseabfälle sind keine Erzeugnisse, die dieser Verwendung entsprechen. Um etwaige Auslegungsschwierigkeiten zu vermeiden, ist zu präzisieren, daß für Käse mit einem Frei-Grenze-Wert von weniger als 140 ECU/100 kg keine Erstattung gewährt wird.

Die Verordnung (EWG) Nr. 896/84 der Kommission⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2881/84⁽⁶⁾, sieht ergänzende Bestimmungen für die Gewährung der

Erstattungen beim Wechsel des Wirtschaftsjahres vor. Diese Bestimmungen betreffen die mögliche unterschiedliche Festsetzung der Erstattungen nach Maßgabe des Herstellungsdatums der Erzeugnisse.

Infolge der Einführung der Kombinierten Nomenklatur durch die Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates⁽⁷⁾ wurde das ab 1. Januar 1988 für die Ausfuhrerstattungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse geltende Zolltarifschema mit der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87⁽⁸⁾ festgelegt.

Die Anwendung dieser Modalitäten auf die derzeitige Lage der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse und insbesondere auf die Preise dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft und im internationalen Handel führt dazu, die Erstattung für die Erzeugnisse auf die im Anhang dieser Verordnung genannten Beträge festzusetzen.

Gemäß Artikel 275 der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals können Erstattungen bei der Ausfuhr nach Portugal gewährt werden. Aufgrund der Prüfung der Lage und des Preisniveaus ist die Festsetzung von Erstattungen bei der Ausfuhr nach Portugal nicht in Betracht zu ziehen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die in Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannten Ausfuhrerstattungen für Erzeugnisse in unverändertem Zustand werden auf die im Anhang I wiedergegebenen Beträge festgesetzt.

(2) Für die Ausfuhren nach der Zone E wird für die Erzeugnisse der Positionen 0401, 0402, 0403, 0404, 0405 und 2309 der Kombinierten Nomenklatur keine Erstattung festgesetzt.

(3) Für die Ausfuhren nach Portugal, einschließlich Azoren und Madeira, wird für die in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannten Milch und Milcherzeugnisse keine Erstattung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. April 1988 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 91 vom 1. 4. 1984, S. 71.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 272 vom 13. 10. 1984, S. 16.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 256 vom 7. 9. 1987, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Milch und/ Milcherzeugnisse

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0401 10 10 000		8,95
0401 10 90 000		8,95
0401 20 11 100		8,95
0401 20 11 500		12,62
0401 20 19 100		8,95
0401 20 19 500		12,62
0401 20 91 100		16,07
0401 20 91 500		18,37
0401 20 99 100		16,07
0401 20 99 500		18,37
0401 30 11 100		22,94
0401 30 11 400		34,18
0401 30 11 700		50,23
0401 30 19 100		22,94
0401 30 19 400		34,18
0401 30 19 700		50,23
0401 30 31 100		59,40
0401 30 31 400		91,50
0401 30 31 700		100,67
0401 30 39 100		59,40
0401 30 39 400		91,50
0401 30 39 700		100,67
0401 30 91 100		114,44
0401 30 91 400		167,17
0401 30 91 700		194,68
0401 30 99 100		114,44
0401 30 99 400		167,17
0401 30 99 700		194,68
0402 10 11 000		93,00
0402 10 19 000		93,00
0402 10 91 000		0,9300
0402 10 99 000		0,9300
0402 21 11 200		93,00
0402 21 11 300		120,86
0402 21 11 500		128,89
0402 21 11 900		140,00
0402 21 17 000		93,00
0402 21 19 300		120,86
0402 21 19 500		128,89
0402 21 19 900		140,00
0402 21 91 100		141,28
0402 21 91 200		142,77
0402 21 91 300		144,88
0402 21 91 400		157,54
0402 21 91 500		161,93
0402 21 91 600		177,37
0402 21 91 700		188,07
0402 21 91 900		199,03
0402 21 99 100		141,28

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0402 21 99 200		142,77
0402 21 99 300		144,88
0402 21 99 400		157,54
0402 21 99 500		161,93
0402 21 99 600		177,37
0402 21 99 700		188,07
0402 21 99 900		199,03
0402 29 15 200		0,9300
0402 29 15 300		1,2086
0402 29 15 500		1,2889
0402 29 15 900		1,4000
0402 29 19 200		0,9300
0402 29 19 300		1,2086
0402 29 19 500		1,2889
0402 29 19 900		1,4000
0402 29 91 100		1,4128
0402 29 91 500		1,5754
0402 29 99 100		1,4128
0402 29 99 500		1,5754
0402 91 11 110		8,95
0402 91 11 120		16,07
0402 91 11 310		25,68
0402 91 11 350		32,56
0402 91 11 370		40,57
0402 91 19 110		8,95
0402 91 19 120		16,07
0402 91 19 310		25,68
0402 91 19 350		32,56
0402 91 19 370		40,57
0402 91 31 100		29,59
0402 91 31 300		48,10
0402 91 39 100		29,59
0402 91 39 300		48,10
0402 91 51 000		34,18
0402 91 59 000		34,18
0402 91 91 000		114,44
0402 91 99 000		114,44
0402 99 11 110		0,0895
0402 99 11 130		0,1607
0402 99 11 150		0,2501
0402 99 11 310		29,63
0402 99 11 330		36,51
0402 99 11 350		50,07
0402 99 19 110		0,0895
0402 99 19 130		0,1607
0402 99 19 150		0,2501
0402 99 19 310		29,63
0402 99 19 330		36,51
0402 99 19 350		50,07
0402 99 31 110		0,3189
0402 99 31 150		52,27
0402 99 31 300		0,5940
0402 99 31 500		1,0067
0402 99 39 110		0,3189
0402 99 39 150		52,27
0402 99 39 300		0,5940

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0402 99 39 500		1,0067
0402 99 91 000		1,1444
0402 99 99 000		1,1444
0403 10 11 100		8,95
0403 10 11 300		12,62
0403 10 13 000		16,07
0403 10 19 000		22,94
0403 10 31 100		0,0895
0403 10 31 300		0,1262
0403 10 33 000		0,1607
0403 10 39 000		0,2294
0403 90 11 000		93,00
0403 90 13 000		93,00
0403 90 19 000		141,28
0403 90 31 000		0,9300
0403 90 33 000		0,9300
0403 90 39 000		1,4128
0403 90 51 100		8,95
0403 90 51 300		12,62
0403 90 53 000		16,07
0403 90 59 110		22,94
0403 90 59 140		34,18
0403 90 59 170		50,23
0403 90 59 310		59,40
0403 90 59 340		91,50
0403 90 59 370		100,67
0403 90 59 510		114,44
0403 90 59 540		167,17
0403 90 59 570		194,68
0403 90 61 100		0,0895
0403 90 61 300		0,1262
0403 90 63 000		0,1607
0403 90 69 000		0,2294
0404 90 11 100		93,00
0404 90 11 910		8,95
0404 90 11 950		25,68
0404 90 13 120		93,00
0404 90 13 130		120,86
0404 90 13 140		128,89
0404 90 13 150		140,00
0404 90 13 911		8,95
0404 90 13 913		16,07
0404 90 13 915		22,94
0404 90 13 917		34,18
0404 90 13 919		50,23
0404 90 13 931		25,68
0404 90 13 933		32,56
0404 90 13 935		40,57
0404 90 13 937		48,10
0404 90 13 939		52,27
0404 90 19 110		141,28
0404 90 19 115		142,77
0404 90 19 120		144,88
0404 90 19 130		157,54
0404 90 19 135		161,93

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0404 90 19 150		177,37
0404 90 19 160		188,07
0404 90 19 180		199,03
0404 90 19 900		—
0404 90 31 100		93,00
0404 90 31 910		8,95
0404 90 31 950		25,68
0404 90 33 120		93,00
0404 90 33 130		120,86
0404 90 33 140		128,89
0404 90 33 150		140,00
0404 90 33 911		8,95
0404 90 33 913		16,07
0404 90 33 915		22,94
0404 90 33 917		34,18
0404 90 33 919		50,23
0404 90 33 931		25,68
0404 90 33 933		32,56
0404 90 33 935		40,57
0404 90 33 937		48,10
0404 90 33 939		50,10
0404 90 39 110		141,28
0404 90 39 115		142,77
0404 90 39 120		144,88
0404 90 39 130		157,54
0404 90 39 150		161,93
0404 90 39 900		—
0404 90 51 100		0,9300
0404 90 51 910		0,0895
0404 90 51 950		29,63
0404 90 53 110		0,9300
0404 90 53 130		1,2086
0404 90 53 150		1,3350
0404 90 53 170		1,4000
0404 90 53 911		0,0895
0404 90 53 913		0,1607
0404 90 53 915		0,2294
0404 90 53 917		0,3418
0404 90 53 919		0,5023
0404 90 53 931		29,63
0404 90 53 933		36,51
0404 90 53 935		50,07
0404 90 53 937		52,27
0404 90 53 939		—
0404 90 59 130		1,4128
0404 90 59 150		1,5754
0404 90 59 930		0,7086
0404 90 59 950		1,0067
0404 90 59 990		1,1444
0404 90 91 100		0,9300
0404 90 91 910		0,0895
0404 90 91 950		29,63
0404 90 93 110		0,9300
0404 90 93 130		1,2086
0404 90 93 150		1,2889

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0404 90 93 170		1,4000
0404 90 93 911		0,0895
0404 90 93 913		0,1607
0404 90 93 915		0,2294
0404 90 93 917		0,3418
0404 90 93 919		0,5023
0404 90 93 931		29,63
0404 90 93 933		36,51
0404 90 93 935		50,07
0404 90 93 937		52,27
0404 90 93 939		—
0404 90 99 130		1,4128
0404 90 99 150		1,5754
0404 90 99 930		0,7086
0404 90 99 950		1,0067
0404 90 99 990		1,1444
0405 00 10 100		—
0405 00 10 200		157,27
0405 00 10 300		197,85
0405 00 10 500		202,93
0405 00 10 700		208,00
0405 00 90 100		208,00
0405 00 90 900		258,50
0406 10 10 000		—
0406 10 90 000		—
0406 20 90 100		—
0406 20 90 913	028	—
	032	—
	400	66,34
	404	—
	...	91,14
0406 20 90 915	028	—
	032	—
	400	88,45
	404	—
	...	121,52
0406 20 90 917	028	—
	032	—
	400	93,98
	404	—
	...	129,12
0406 20 90 919	028	—
	032	—
	400	105,04
	404	—
	...	144,31
0406 20 90 990		—
0406 30 31 100		—
0406 30 31 300	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	9,69
	404	—
	...	25,36

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0406 30 31 500	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	21,07
	404	—
	...	55,06
0406 30 31 710	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	21,07
	404	—
	...	55,06
0406 30 31 730	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	30,97
	404	—
	...	80,13
0406 30 31 910	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	21,07
	404	—
	...	55,06
0406 30 31 930	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	30,97
	404	—
	...	80,13
0406 30 31 950	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	44,92
	404	—
	...	117,74
0406 30 39 100	028	—
0406 30 39 300	032	—
	036	—
	038	—
	400	21,07
	404	20,00
	...	55,06

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0406 30 39 500	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	30,97
	404	28,00
	...	80,13
0406 30 39 700	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	44,92
	404	—
	...	117,74
0406 30 39 930	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	44,92
	404	—
	...	117,74
0406 30 39 950	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	53,45
	404	—
	...	139,67
0406 30 90 000	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	53,45
	404	—
	...	139,67
0406 40 00 100		—
0406 40 00 900	028	—
	032	—
	038	—
	400	55,00
	404	—
	...	131,51
0406 90 13 000	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	70,00
	404	—
	...	170,00
0406 90 15 100	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	70,00
	404	—
	...	170,00

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (°)	Höhe der Erstattung
0406 90 15 900		—
0406 90 17 100	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	70,00
	404	—
	...	170,00
0406 90 17 900		—
0406 90 21 100		—
0406 90 21 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	60,00
	404	—
	...	177,25
0406 90 23 100		—
0406 90 23 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	30,00
	404	—
	...	153,00
0406 90 25 100		—
0406 90 25 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	30,00
	404	—
	...	153,00
0406 90 27 100		—
0406 90 27 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	28,00
	404	—
	...	119,71
0406 90 31 111		—
0406 90 31 119	028	—
	032	—
	036	—
	038	15,00
	400	43,22
	404	16,00
	...	102,26

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0406 90 31 151	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	40,41
	404	14,96
	...	95,58
0406 90 31 159		—
0406 90 31 900		—
0406 90 33 111		—
0406 90 33 119	028	—
	032	—
	036	—
	038	15,00
	400	43,22
	404	16,00
	...	102,26
0406 90 33 151	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	40,41
	404	14,96
	...	95,58
0406 90 33 159		—
0406 90 33 911		—
0406 90 33 919	028	—
	032	—
	036	—
	038	15,00
	400	43,22
	404	16,00
	...	102,26
0406 90 33 951	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	40,41
	404	14,96
	...	95,58
0406 90 33 959		—
0406 90 35 110		—

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (°)	Höhe der Erstattung
0406 90 35 190	028	—
	032	—
	036	42,66
	400	160,00
	404	90,00
	...	163,54
0406 90 35 910		—
0406 90 35 990	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	60,00
	404	—
	732	150,00
	...	139,37
0406 90 61 000	028	—
	032	—
	036	90,00
	400	170,00
	404	140,00
	...	200,06
0406 90 63 100	028	—
	032	—
	036	105,03
	400	220,00
	404	160,00
	...	227,18
0406 90 63 900	028	—
	032	—
	036	70,00
	400	130,00
	404	80,00
	...	180,00
0406 90 69 100		—
0406 90 69 910	028	—
	032	—
	036	70,00
	400	130,00
	404	80,00
	...	180,00
0406 90 69 990		—
0406 90 71 100		—
0406 90 71 930	028	13,50
	032	13,50
	036	—
	038	—
	400	42,21
	404	—
...	99,96	

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0406 90 71 950	028	20,00
	032	20,00
	036	—
	038	—
	400	46,55
	404	—
	...	110,21
0406 90 71 970	028	24,00
	032	24,00
	036	—
	038	—
	400	52,91
	404	—
	...	125,21
0406 90 71 991	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	60,00
	404	—
	732	150,00
...	139,37	
0406 90 71 995	028	27,50
	032	27,50
	036	—
	038	—
	400	30,00
	404	—
	...	153,00
0406 90 71 999		—
0406 90 73 100		—
0406 90 73 900	028	—
	032	—
	036	42,66
	400	160,00
	404	120,00
	...	163,54
0406 90 75 100		—
0406 90 75 900	028	—
	032	—
	036	—
	400	30,00
	404	—
	...	138,50
0406 90 77 100	028	24,00
	032	24,00
	036	—
	038	—
	400	52,91
	404	—
	...	125,21

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0406 90 77 300	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	30,00
	404	—
	...	153,00
0406 90 77 500	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	45,00
	404	—
	...	153,00
0406 90 79 100		—
0406 90 79 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	28,00
	404	—
	...	119,71
0406 90 81 100		—
0406 90 81 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	60,00
	404	—
	...	139,37
0406 90 83 100		—
0406 90 83 910		—
0406 90 83 950	028	—
	032	—
	400	23,65
	404	—
	...	55,88
0406 90 83 990	028	—
	032	—
	400	23,65
	404	—
	...	55,88
0406 90 85 100		—
0406 90 85 910	028	—
	032	—
	036	42,67
	400	160,00
	404	90,00
	...	163,54

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0406 90 85 991	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	60,00
	404	—
	732	150,00
	...	139,37
0406 90 85 995	028	27,50
	032	27,50
	036	—
	038	—
	400	30,00
	404	—
	...	153,00
0406 90 85 999		—
0406 90 89 100	028	13,50
	032	13,50
	036	—
	038	—
	400	42,21
	404	—
	...	99,96
0406 90 89 200	028	20,00
	032	20,00
	036	—
	038	—
	400	46,55
	404	—
	...	110,21
0406 90 89 300	028	24,00
	032	24,00
	036	—
	038	—
	400	52,91
	404	—
	...	125,21
0406 90 89 910		—
0406 90 89 951	028	—
	032	—
	036	42,66
	400	160,00
	404	90,00
	...	163,54
0406 90 89 959	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	60,00
	404	—
	732	150,00
	...	139,37

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
0406 90 89 971	028	27,50
	032	27,50
	036	—
	038	—
	400	30,00
	404	—
	...	153,00
0406 90 89 972	028	—
	032	—
	400	23,65
	404	—
	...	55,88
0406 90 89 979	028	27,50
	032	27,50
	036	—
	038	—
	400	30,00
	404	—
	...	153,00
0406 90 89 990		—
0406 90 91 100		—
0406 90 91 300	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	16,26
	404	—
	...	26,95
0406 90 91 510	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	29,08
	404	—
	...	40,37
0406 90 91 550	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	34,76
	404	—
	...	49,31
0406 90 91 900		—
0406 90 93 000		—
0406 90 97 000		—
0406 90 99 000		—
2309 10 15 010		—
2309 10 15 100		—
2309 10 15 200		3,90
2309 10 15 300		5,20
2309 10 15 400		6,50
2309 10 15 500		7,80
2309 10 15 700		9,10

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Höhe der Erstattung
2309 10 15 900		—
2309 10 19 010		—
2309 10 19 100		—
2309 10 19 200		3,90
2309 10 19 300		5,20
2309 10 19 400		6,50
2309 10 19 500		7,80
2309 10 19 600		9,10
2309 10 19 700		9,75
2309 10 19 800		10,40
2309 10 19 900		—
2309 10 70 010		—
2309 10 70 100		27,90
2309 10 70 200		37,20
2309 10 70 300		46,50
2309 10 70 500		55,80
2309 10 70 600		65,10
2309 10 70 700		74,40
2309 10 70 800		81,84
2309 10 70 900		—
2309 90 35 010		—
2309 90 35 100		—
2309 90 35 200		3,90
2309 90 35 300		5,20
2309 90 35 400		6,50
2309 90 35 500		7,80
2309 90 35 700		9,10
2309 90 35 900		—
2309 90 39 010		—
2309 90 39 100		—
2309 90 39 200		3,90
2309 90 39 300		5,20
2309 90 39 400		6,50
2309 90 39 500		7,80
2309 90 39 600		9,10
2309 90 39 700		9,75
2309 90 39 800		10,40
2309 90 39 900		—
2309 90 70 010		—
2309 90 70 100		27,90
2309 90 70 200		37,20
2309 90 70 300		46,50
2309 90 70 500		55,80
2309 90 70 600		65,10
2309 90 70 700		74,40
2309 90 70 800		81,84
2309 90 70 900		—

(*) Die Bestimmungscodenummern sind die, welche im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 3639/86 stehen (s. ABl. Nr. L 336 vom 29. 11. 1986, S. 46).

Für die anderen, als die jeweils einem „Codeerzeugnis“ entsprechenden Bestimmungen ist die mit *** gekennzeichnete Erstattung anzuwenden.

Ist keine Bestimmung angegeben, so ist die bei der Ausfuhr nach allen anderen als den in Artikel 1 Absätze 2 und 3 genannten Bestimmungen anwendbar.

NB: Die die Erzeugnisse betreffende Code sowie die Verweisungen und Fußnoten, sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 bestimmt.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 978/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Festsetzung der Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl sowie der Einfuhrabschöpfungen für andere Erzeugnisse des Olivenölsektors

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3994/87 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 2,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1514/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl aus Algerien ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 798/87 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1521/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl mit Ursprung in Marokko ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 799/87 ⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1508/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl aus Tunesien ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 413/86 ⁽⁸⁾, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1180/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei in die Gemeinschaft ⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 800/87 ⁽¹⁰⁾, insbesondere auf Artikel 10 Absatz 2,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1620/77 des Rates vom 18. Juli 1977 über die Einfuhren von Olivenöl aus dem Libanon ⁽¹¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

In ihrer Verordnung (EWG) Nr. 3131/78 ⁽¹²⁾ hat die Kommission beschlossen, für die Festsetzung der Abschöpfungen für Olivenöl auf das Ausschreibungsverfahren zurückzugreifen.

In Artikel 3 der der Verordnung (EWG) Nr. 2751/78 des Rates vom 23. November 1978 über die allgemeinen

Durchführungsvorschriften für die Festsetzung der Einfuhrabschöpfung bei Olivenöl durch Ausschreibung ⁽¹³⁾ wird bestimmt, daß der Mindestabschöpfungsbeitrag des jeweiligen Erzeugnisses aufgrund der Prüfung des Weltmarktes und des Gemeinschaftsmarktes sowie der von den Bietern genannten Abschöpfungsbeträge festzusetzen ist.

Bei der Erhebung der Abschöpfung sind die Vorschriften zu berücksichtigen, die in dem Abkommen zwischen der Gemeinschaft und bestimmten Drittländern aufgeführt sind. Bei der Festsetzung der Abschöpfung für diese Drittländer ist die für die Einfuhren aus den anderen Drittländern zu erhebende Abschöpfung als Berechnungsgrundlage zu benutzen.

Für die Türkei und die Maghrebländer sollte dem gemäß den Vereinbarungen zwischen der Gemeinschaft und diesen Drittländern festzusetzenden Zusatzbetrag nicht vorgegriffen werden.

Die Anwendung der vorgenannten Einzelheiten auf die am 11. und 12. April 1988 von den Bietern vorgelegten Abschöpfungsbeträge führt dazu, die Mindestabschöpfungen gemäß Anhang I zu dieser Verordnung festzusetzen.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif ⁽¹⁴⁾, wurde eine neue Kombinierte Nomenklatur eingeführt, die am 1. Januar 1988 in Kraft tritt, den Erfordernissen des Gemeinsamen Zolltarifs sowie der Außenhandelsstatistik der Gemeinschaft gerecht wird und an die Stelle des vorhergehenden Zolltarifschemas tritt.

Die bei der Einfuhr von Oliven der Unterpositionen 0709 90 39 und 0711 20 90 der Kombinierten Nomenklatur sowie von Erzeugnissen der Unterpositionen 1522 00 31, 1522 00 39 und 2306 90 19 der Kombinierten Nomenklatur zu erhebende Abschöpfung muß ausgehend von der Mindestabschöpfung berechnet werden, die auf die in diesen Erzeugnissen enthaltene Ölmenge anwendbar ist. Die Abschöpfung für Olivenöl darf jedoch nicht geringer sein als ein Betrag, der 8 % des Wertes des eingeführten Erzeugnisses entspricht, wobei dieser Betrag pauschal festgesetzt wird. Die Anwendung dieser Bestimmungen führt dazu, die Abschöpfungen gemäß Anhang II dieser Verordnung festzusetzen —

⁽¹³⁾ ABl. Nr. L 331 vom 28. 11. 1978, S. 6.

⁽¹⁴⁾ ABl. Nr. L 256 vom 7. 9. 1987, S. 1.

⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987, S. 30.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 24.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 79 vom 21. 3. 1987, S. 11.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 43.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 79 vom 21. 3. 1987, S. 12.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 9.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 48 vom 26. 2. 1986, S. 1.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 79 vom 21. 3. 1987, S. 13.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 21. 7. 1977, S. 4.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978, S. 60.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl werden in Anhang I festgesetzt.

Artikel 2

Die auf die Einfuhr der anderen Erzeugnisse des Olivenölsektors anwendbaren Abschöpfungen werden in Anhang II festgesetzt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 15. April 1988 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

ANHANG I

Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl

(ECU/100 kg)

KN-Code	Drittländer
1509 10 10	62,00 (*)
1509 10 90	62,00 (*)
1509 90 00	73,00 (*)
1510 00 10	62,00 (*)
1510 00 90	100,00 (*)

(*) Für die Einfuhr von vollständig in einem der nachstehend genannten Länder gewonnenem und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbrachten Öl dieser Unterposition wird die Abschöpfung vermindert um :

- a) für den Libanon : 0,60 ECU/100 kg ;
- b) für die Türkei : 11,48 ECU/100 kg (*), sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf ;
- c) für Algerien, Tunesien und Marokko : 12,69 ECU/100 kg (*), sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf.

(*) Diese Beträge können durch zusätzliche Beträge, die von der Gemeinschaft und den betreffenden Drittländern bestimmt werden, erhöht werden.

(*) Für die Einfuhr von Öl dieser Unterposition :

- a) vollständig in Algerien, Marokko und in Tunesien gewonnen und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 3,86 ECU/100 kg vermindert ;
- b) vollständig in der Türkei gewonnen und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 3,09 ECU/100 kg vermindert.

(*) Für die Einfuhr von Öl dieser Unterposition :

- a) vollständig in Algerien, in Marokko und in Tunesien gewonnen und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 7,25 ECU/100 kg vermindert ;
- b) vollständig in der Türkei gewonnen und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 5,80 ECU/100 kg vermindert.

ANHANG II

Abschöpfungen bei der Einfuhr der anderen Erzeugnisse des Olivenölsektors

(ECU/100 kg)

KN-Code	Drittländer
0709 90 39	13,64
0711 20 90	13,64
1522 00 31	31,00
1522 00 39	49,60
2306 90 19	4,96

ENTSCHEIDUNG Nr. 979/88/EGKS DER KOMMISSION

vom 13. April 1988

zur Änderung der Entscheidung Nr. 163/88/EGKS über die Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von bestimmtem Warmbreitband aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Algerien, Mexiko und Jugoslawien

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

gestützt auf die Entscheidung Nr. 2177/84/EGKS der Kommission vom 27. Juli 1984 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 11,

nach Konsultationen in dem mit der genannten Entscheidung eingesetzten Beratenden Ausschuß,

in Erwägung nachstehender Gründe :

- (1) Mit Entscheidung Nr. 163/88/EGKS der Kommission⁽²⁾ wurde ein vorläufiger Antidumpingzoll auf die Einfuhren von bestimmtem Warmbreitband aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Algerien, Mexiko und Jugoslawien eingeführt.
- (2) Die Beschreibung und die Klassifizierung der betreffenden Waren in der Entscheidung Nr. 163/88/EGKS entspricht nicht der neuen Kombinierten Nomenklatur.
- (3) Dementsprechend ist die Entscheidung Nr. 163/88/EGKS mit Wirkung von dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens zu ändern —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Artikel 1 Absätze 1 und 2 der Entscheidung Nr. 163/88/EGKS erhält folgende Fassung :

Diese Entscheidung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 13. April 1988

„Artikel 1

(1) Auf die Einfuhren von bestimmten flachgewalzten Erzeugnissen aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl mit einer Breite von mehr als 500 mm, mit einer Mindestdicke von 1,5 mm, in Rollen, nur warmgewalzt, mit weniger als 0,6 Gewichtshundertteilen Kohlenstoff der Unterpositionen ex 7208 11 00, ex 7208 12 91, ex 7208 12 99, ex 7208 13 91, ex 7208 13 99, ex 7208 14 90, ex 7208 21 10, ex 7208 21 90, ex 7208 22 91, ex 7208 22 99, ex 7208 23 91, ex 7208 23 99, ex 7208 24 90, ex 7211 12 10, ex 7211 19 10, ex 7211 22 10 und ex 7211 29 10 der Kombinierten Nomenklatur mit Ursprung in Algerien, Mexiko und Jugoslawien wird ein vorläufiger Antidumpingzoll erhoben.

(2) Die Höhe des Zolls beträgt für die in Absatz 1 genannten Waren mit Ursprung in :

— Jugoslawien :	64 ECU je 1 000 Kilogramm,
— Algerien :	15 ECU je 1 000 Kilogramm,
— Mexiko :	50 ECU je 1 000 Kilogramm."

Artikel 2

Diese Entscheidung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 23. Januar 1988.

Für die Kommission
Willy DE CLERCQ
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 201 vom 30. 7. 1984, S. 17.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 18 vom 22. 1. 1988, S. 31.

ENTSCHEIDUNG Nr. 980/88/EGKS DER KOMMISSION

vom 13. April 1988

zur Änderung der Entscheidung Nr. 229/88/EGKS über die Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Bleche aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Jugoslawien

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

Artikel 1

Artikel 2 Absatz 1 der Entscheidung Nr. 229/88/EGKS erhält folgende Fassung:

gestützt auf die Entscheidung Nr. 2177/84/EGKS der Kommission vom 24. Juli 1984 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 10 Absatz 6,

„Artikel 2

(1) Auf die Einfuhren von bestimmten flachgewalzten Erzeugnissen aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl mit einer Breite von mehr als 500 mm, mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, nicht in Rollen, nur warmgewalzt, mit weniger als 0,6 Gewichtsundertteilen Kohlenstoff, der Unterpositionen

ex 7208 32 10,	ex 7208 32 30,	ex 7208 32 51,
ex 7208 32 59,	ex 7208 32 91,	ex 7208 32 99,
ex 7208 33 10,	ex 7208 33 91,	ex 7208 33 99,
ex 7208 34 10,	ex 7208 34 90,	ex 7208 42 10,
ex 7208 42 30,	ex 7208 42 51,	ex 7208 42 59,
ex 7208 42 91,	ex 7208 42 99,	ex 7208 43 10,
ex 7208 43 91,	ex 7208 43 99,	ex 7208 44 10,
ex 7208 44 90,	ex 7211 12 10,	ex 7211 19 10,

ex 7211 22 10 und ex 7211 29 10 der Kombinierten Nomenklatur, mit Ursprung in Jugoslawien wird ein vorläufiger Antidumpingzoll erhoben².

nach Konsultationen in dem mit der genannten Entscheidung eingesetzten Beratenden Ausschuß,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Entscheidung Nr. 229/88/EGKS der Kommission⁽²⁾ wurde ein vorläufiger Antidumpingzoll auf die Einfuhren bestimmter Bleche aus Eisen und Stahl mit Ursprung in Jugoslawien eingeführt.
- (2) Die Beschreibung und Klassifizierung der betreffenden Waren in der Entscheidung Nr. 229/88/EGKS entspricht nicht der neuen Kombinierten Nomenklatur.
- (3) Dementsprechend ist die Entscheidung Nr. 229/88/EGKS mit Wirkung vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens zu ändern —

Artikel 2

Diese Entscheidung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 29. Januar 1988.

Diese Entscheidung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 13. April 1988

Für die Kommission

Willy DE CLERCQ

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 201 vom 30. 7. 1984, S. 17.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 23 vom 28. 1. 1988, S. 13.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 981/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

über eine abweichende Maßnahme für das Wirtschaftsjahr 1987/88 in Italien für die Mitteilungen der Erzeuger über ihre zur obligatorischen Destillation zu liefernden Tafelweinemengen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3992/87 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 39 Absatz 11,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 4022/87 der Kommission ⁽³⁾ ist die obligatorische Destillation von Tafelwein gemäß Artikel 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 für das Wirtschaftsjahr 1987/88 eröffnet worden. Die Prozentsätze der von jedem der Destillationspflicht unterliegenden Erzeuger zur Destillation zu liefernden Tafelweinerzeugung sind am 26. Februar 1988 mit der Verordnung (EWG) Nr. 529/88 der Kommission ⁽⁴⁾ festgesetzt worden.

Nach Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 441/88 der Kommission vom 17. Februar 1988 mit Durchführungsbestimmungen für die obligatorische Destillation gemäß Artikel 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates ⁽⁵⁾ sind die Erzeuger verpflichtet, den zuständigen Behörden spätestens am 31. März 1988 die Tafelweinemengen mitzuteilen, die sie zu dieser Destillation liefern müssen.

Italien macht geltend, daß die Vorschriften für diese Mitteilung aus Verwaltungsgründen in diesem Land nicht rechtzeitig erlassen werden konnten und die Erzeuger deshalb nicht in der Lage waren, unter normalen Verhält-

nissen die Mengen zu berechnen, für die Destillationspflicht besteht, und diese in der vorgeschriebenen Frist mitzuteilen.

Damit die obligatorische Destillation unter günstigen Voraussetzungen ablaufen und alle ihre Wirkungen ausüben kann, erscheint es angezeigt, für dieses Wirtschaftsjahr vorzusehen, daß in Italien die Erzeuger diese Mitteilung bis zum 30. April 1988 machen können.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Wein —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

In Italien berechnen für das Wirtschaftsjahr 1987/88 und abweichend von Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 441/88 die der obligatorischen Destillation gemäß Artikel 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 unterliegenden Erzeuger, die die Erzeugungsmeldung gemäß Verordnung (EWG) Nr. 3929/87 der Kommission ⁽⁶⁾ vorgelegt haben, gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 441/88 die Mengen, die sie zur Destillation liefern müssen und teilen spätestens am 30. April 1988 der Interventionsstelle oder jeder anderen zuständigen Behörde des Mitgliedstaats das Ergebnis mit.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 31. März 1988.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987, S. 20.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1987, S. 45.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 53 vom 27. 2. 1988, S. 65.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 45 vom 18. 2. 1988, S. 15.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 369 vom 29. 12. 1987, S. 59.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 982/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3744/87 mit Durchführungsbestimmungen für die Lieferung von Nahrungsmitteln aus Interventionsbeständen an bezeichnete Organisationen zur Verteilung an stark benachteiligte Personen in der Gemeinschaft

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3730/87 des Rates vom 10. Dezember 1987 zur Festsetzung der Grundregeln für die Lieferung von Nahrungsmitteln aus Interventionsbeständen an bezeichnete Organisationen zur Verteilung an stark benachteiligte Personen in der Gemeinschaft⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 6,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Wenn Interventionserzeugnisse im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 3744/87 der Kommission⁽²⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 613/88⁽³⁾, ausgelagert werden, werden die Beförderungskosten in dem Hoheitsgebiet des betroffenen Mitgliedstaats auf der Grundlage eines in Anhang II der genannten Verordnung festgesetzten Satzes erstattet.

Betreffend den Getreidesektor hat ein Rechenfehler dazu geführt, zu hohe Erstattungssätze festzusetzen. Folglich ist

Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 3744/87 entsprechend zu berichtigen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

In Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 3744/87 wird in Teil „Getreide“ zweiter Gedankenstrich die Ziffer „0,04“ durch die Ziffer „0,02“ ersetzt. Jedoch bleibt für die bereits eingeleiteten Maßnahmen und auf Antrag eines Mitgliedstaats der Erstattungssatz von 0,04 weiterhin gültig.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 352 vom 15. 12. 1987, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 352 vom 15. 12. 1987, S. 33.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 60 vom 5. 3. 1988, S. 25.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 983/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

mit Sondervorschriften über die Vermarktung von Olivenöl, das unerwünschte Stoffe enthältDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates
vom 22. September 1966 über die gemeinsame Marktorga-
nisation für Fette ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3994/87 ⁽²⁾, insbesondere auf die Artikel
11 Absatz 8, 12 Absatz 4, 20 Absatz 3 und 20d Absatz 4,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 473/86 des Rates
vom 25. Februar 1986 zur Festlegung der Grundregeln für
die Beitrittsausgleichsbeträge für Olivenöl ⁽³⁾, insbeson-
dere auf Artikel 7 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Um abgesetzt werden zu können, müssen die landwirt-
schaftlichen Erzeugnisse von gesunder, einwandfreier und
handelsüblicher Qualität sein. Das Vorhandensein uner-
wünschter Stoffe über eine bestimmte Schwelle hinaus
beeinträchtigt die Qualität des Erzeugnisses.In einigen abgesetzten Olivenölen ist das Vorhandensein
von Tetrachloräthylen mit einem Gehalt, der eine Gefahr
für die menschliche Gesundheit nicht ausschließt, festge-
stellt worden. Daher sind die Olivenöle, deren Gehalt an
dem genannten Stoff eine bestimmte Schwelle über-
schreitet, vorbeugend und bis zu einer gründlichen
Untersuchung, insbesondere mit Mitwirkung des wissen-
schaftlichen Ausschusses für die menschliche Ernährung,von den in den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften
vorgesehenen Vorteilen auszuschließen.Der Verwaltungsausschuß für Fette hat nicht innerhalb
der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung
genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Olivenöle und Oliventresteröle der Position
1509 und der Unterposition 1510 00 der Kombinierten
Nomenklatur, deren Tetrachloräthylengehalt 1 mg je
Kilogramm überschreitet, können weder in den Genuß
der Verbraucherbeihilfe, der Ausfuhrerstattungen noch
der Gewährung eines Beitrittsausgleichsbetrags kommen.
Außerdem können diese Öle nicht Gegenstand eines
Interventionsankaufs oder eines Lagerhaltungsvertrags
sein.

(2) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen
Maßnahmen, um die Einhaltung der Bestimmungen von
Absatz 1 zu gewährleisten.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.⁽²⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987, S. 31.⁽³⁾ ABl. Nr. L 53 vom 1. 3. 1986, S. 43.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 984/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 962/88 zur Aussetzung der Erteilung von Einfuhrlizenzen für Tafeläpfel mit Ursprung in Chile

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 824/88⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 29 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Durchführungsbestimmungen für die im Sektor Obst
und Gemüse zu treffenden Schutzmaßnahmen wurden
mit der Verordnung (EWG) Nr. 2707/72 des Rates⁽³⁾ fest-
gesetzt.

Die Verordnung (EWG) Nr. 346/88 der Kommission⁽⁴⁾,
geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 871/88⁽⁵⁾,
sieht besondere Maßnahmen zur Überwachung der
Einfuhr von Tafeläpfeln aus Drittländern vor.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 962/88 der Kom-
mission⁽⁶⁾ wurde die Erteilung von Lizenzen für die Einfuhr
von Tafeläpfeln mit Ursprung in Chile für die Zeit vom
15. bis 22. April 1988 ausgesetzt.

Aus Verwaltungsgründen und damit die Gesamtlage des
Tafeläpfelmarktes erneut gründlich überprüft werden
kann, sollte der genannte Aussetzungszeitraum geändert
werden. Die Verordnung (EWG) Nr. 962/88 muß deshalb
entsprechend angepaßt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 962/88 erhält
folgende Fassung :

„Artikel 1

Die Erteilung von Lizenzen für die Einfuhr von Tafel-
äpfeln der Unterpositionen 0808 10 91, 0808 10 93
und 0808 10 99 der Kombinierten Nomenklatur mit
Ursprung in Chile wird vom 18. bis zum 29. April
1988 ausgesetzt.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

(¹) ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.
(²) ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1988, S. 5.
(³) ABl. Nr. L 291 vom 28. 12. 1972, S. 3.
(⁴) ABl. Nr. L 34 vom 6. 2. 1988, S. 21.
(⁵) ABl. Nr. L 87 vom 31. 3. 1988, S. 73.
(⁶) ABl. Nr. L 95 vom 13. 4. 1988, S. 10.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 985/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

**zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von frischen Zitronen
mit Ursprung in Spanien (ausgenommen den Kanarischen Inseln)**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 824/88 ⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Artikel 25 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72
schreibt vor, daß wenn der Einfuhrpreis bei der Einfuhr
eines Erzeugnisses aus einem Drittland an zwei aufeinander-
folgenden Markttagen um mindestens 0,6 ECU unter
dem Referenzpreis liegt, bei der Einfuhr dieses Erzeug-
nisses aus dem betreffenden Herkunftsland außer in
Ausnahmefällen eine Ausgleichsabgabe erhoben wird. Die
Ausgleichsabgabe muß gleich der Differenz zwischen
dem Referenzpreis und dem arithmetischen Mittel der
beiden letzten, für das betreffende Herkunftsland verfü-
baren Einfuhrpreise sein.

In der Verordnung (EWG) Nr. 1426/87 der Kommission
vom 25. Mai 1987 zur Festsetzung der Referenzpreise für
frische Zitronen für das Wirtschaftsjahr 1987/88 ⁽³⁾ wurde
der Referenzpreis für diese Erzeugnisse der Güteklasse I
auf 46,95 ECU je 100 kg Eigengewicht für den Zeitraum
von November 1987 bis April 1989 festgesetzt.

Der Einfuhrpreis für ein bestimmtes Herkunftsland ist
gleich der niedrigsten repräsentativen Notierung oder
dem Mittel der niedrigsten repräsentativen Notierungen
für mindestens 30 v. H. der auf allen repräsentativen
Märkten, für welche Notierungen vorliegen, vermarkteten
Mengen aus dem betreffenden Herkunftsland, wobei diese
Notierung oder Notierungen um die in Artikel 24 Absatz
3 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 genannten Zölle
und Abgaben verringert werden. Der Begriff repräsen-
tative Notierung ist in Artikel 24 Absatz 2 der Verordnung
(EWG) Nr. 1035/72 festgelegt.

Nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.
2118/74 ⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 3811/85 ⁽⁵⁾, müssen die zu berücksichtigenden Notie-
rungen auf den repräsentativen Märkten und unter
bestimmten Voraussetzungen auf anderen Märkten festge-
stellt werden.

Der hieraus berechnete Einfuhrpreis hat für frische
Zitronen mit Ursprung in Spanien (ausgenommen den
Kanarischen Inseln) an zwei aufeinanderfolgenden Markt-
tagen um mindestens 0,6 ECU unter dem Referenzpreis
gelegen. Daher muß eine Ausgleichsabgabe für frische
Zitronen erhoben werden.

Um ein normales Funktionieren der Regelung zu
erlauben, ist bei der Berechnung des Einfuhrpreises
zugrunde zu legen:

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berich-
tigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 zweiter
Unterabsatz letzter Gedankenstrich der Verordnung
(EWG) Nr. 1676/85 des Rates ⁽⁶⁾, geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1636/87 ⁽⁷⁾,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der
sich auf das arithmetische Mittel der Kassa-Wechsel-
kurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und der
während des bestimmten Zeitraums für die
Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorherge-
hendem Gedankenstrich und nach Maßgabe des
vorgenannten Koeffizienten festgestellt wird.

Nach Artikel 136 Absatz 2 der Akte über den Beitritt
Spaniens und Portugals ⁽⁸⁾ wird während der ersten Über-
gangsstufe im Handel zwischen dem neuen Mitgliedstaat
und der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31.
Dezember 1985 die vor dem Beitritt geltende Regelung
angewandt.

Nach Artikel 140 Absatz 1 der Beitrittsakte werden die
Ausgleichsabgaben aus der Anwendung der Verordnung
(EWG) Nr. 1035/72 im dritten Jahr nach dem Beitritt um
6 v. H. gesenkt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Auf Einfuhren von frischen Zitronen (KN-Code ex 0805
30 10) mit Ursprung in Spanien (ausgenommen den
Kanarischen Inseln) wird eine Ausgleichsabgabe in Höhe
von 1,79 ECU je 100 kg Eigengewicht angewandt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. April 1988 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1988, S. 5.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 136 vom 26. 5. 1987, S. 13.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 220 vom 10. 8. 1974, S. 20.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 9.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988.

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

VERORDNUNG (EWG) Nr. 986/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 915/88 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tomaten mit Ursprung in Spanien (mit Ausnahme der Kanarischen Inseln)DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 824/88 ⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Durch die Verordnung (EWG) Nr. 915/88 der Kom-
mission ⁽³⁾ ist eine Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von
Tomaten mit Ursprung in Spanien (mit Ausnahme der
Kanarischen Inseln) eingeführt worden.Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72
hat die Bedingungen festgelegt, unter denen eine in
Anwendung des Artikels 25 der genannten Verordnung
festgesetzte Ausgleichsabgabe geändert wird. Aufgrund
dieser Bedingungen wird die Ausgleichsabgabe bei der
Einfuhr von Tomaten mit Ursprung in Spanien (mit
Ausnahme der Kanarischen Inseln) geändert.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Nach Artikel 136 Absatz 2 der Akte über den Beitritt
Spaniens und Portugals ⁽⁴⁾ wird während der ersten Über-
gangsstufe im Handel zwischen dem neuen Mitgliedstaat
und der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31.
Dezember 1985 die vor dem Beitritt geltende Regelung
angewandt.Nach Artikel 140 Absatz 1 der Beitrittsakte werden die
Ausgleichsabgaben aus der Anwendung der Verordnung
(EWG) Nr. 1035/72 im dritten Jahr nach dem Beitritt um
6 v. H. gesenkt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*Der in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 915/88
erwähnte Betrag von 69,18 ECU wird durch den Betrag
von 80,19 ECU ersetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 15. April 1988 in Kraft.

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1988, S. 5.⁽³⁾ ABl. Nr. L 90 vom 7. 4. 1988, S. 19.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 9.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 987/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

**zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Artischocken mit
Ursprung in Spanien (ausgenommen den Kanarischen Inseln)**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 824/88⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 25 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72
schreibt vor, daß wenn der Einfuhrpreis bei der Einfuhr
eines Erzeugnisses aus einem Drittland an zwei aufeinander-
folgenden Markttagen um mindestens 0,6 ECU unter
dem Referenzpreis liegt, bei der Einfuhr dieses Erzeug-
nisses aus dem betreffenden Herkunftsland außer in
Ausnahmefällen eine Ausgleichsabgabe erhoben wird. Die
Ausgleichsabgabe muß gleich der Differenz zwischen
dem Referenzpreis und dem arithmetischen Mittel der
beiden letzten, für das betreffende Herkunftsland verfü-
baren Einfuhrpreise sein.

In der Verordnung (EWG) Nr. 3006/87 der Kommission
vom 7. Oktober 1987 zur Festsetzung der Referenzpreise
für Artischocken für das Wirtschaftsjahr 1987/88⁽³⁾ wurde
der Referenzpreis für diese Erzeugnisse der Güteklasse I
auf 78,03 ECU für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum
30. April 1988 je 100 kg Eigengewicht festgesetzt.

Der Einfuhrpreis für ein bestimmtes Herkunftsland ist
gleich der niedrigsten repräsentativen Notierung oder
dem Mittel der niedrigsten repräsentativen Notierungen
für mindestens 30 v. H. der auf allen repräsentativen
Märkten, für welche Notierungen vorliegen, vermarkteten
Mengen aus dem betreffenden Herkunftsland, wobei diese
Notierung oder Notierungen um die in Artikel 24 Absatz
3 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 genannten Zölle
und Abgaben verringert werden. Der Begriff repräsen-
tative Notierung ist in Artikel 24 Absatz 2 der Verordnung
(EWG) Nr. 1035/72 festgelegt.

Nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.
2118/74⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 3811/85⁽⁵⁾, müssen die zu berücksichtigenden Notie-
rungen auf den repräsentativen Märkten und unter
bestimmten Voraussetzungen auf anderen Märkten festge-
stellt werden.

Der hieraus berechnete Einfuhrpreis hat für Artischocken
mit Ursprung in Spanien (ausgenommen den Kanari-
schen Inseln) an zwei aufeinanderfolgenden Markttagen
um mindestens 0,6 ECU unter dem Referenzpreis
gelegen. Daher muß eine Ausgleichsabgabe für diese Arti-
schocken erhoben werden.

Um ein normales Funktionieren der Regelung zu
erlauben, ist bei der Berechnung des Einfuhrpreises
zugrunde zu legen :

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berich-
tigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 zweiter
Unterabsatz letzter Gedankenstrich der Verordnung
(EWG) Nr. 1676/85⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁷⁾,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der
sich auf das arithmetische Mittel der Kassa-Wechsel-
kurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und der
während des bestimmten Zeitraums für die
Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorherge-
hendem Gedankenstrich und nach Maßgabe des
vor genannten Koeffizienten festgestellt wird.

Nach Artikel 136 Absatz 2 der Akte über den Beitritt
Spaniens und Portugals⁽⁸⁾ wird während der ersten Über-
gangsstufe im Handel zwischen dem neuen Mitgliedstaat
und der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31.
Dezember 1985 die vor dem Beitritt geltende Regelung
angewandt.

Nach Artikel 140 Absatz 1 der Beitrittsakte werden die
Ausgleichsabgaben aus der Anwendung der Verordnung
(EWG) Nr. 1035/72 im dritten Jahr nach dem Beitritt um
6 v. H. gesenkt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Auf Einfuhren von Artischocken (Unterposition
0709 10 00 der Kombinierten Nomenklatur) mit
Ursprung in Spanien (ausgenommen den Kanarischen
Inseln) wird eine Ausgleichsabgabe in Höhe von 17,10
ECU je 100 kg Eigengewicht angewandt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. April 1988 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ Siehe Seite 5 dieses Amtsblatts.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 285 vom 8. 10. 1987, S. 16.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 220 vom 10. 8. 1974, S. 20.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 9.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

VERORDNUNG (EWG) Nr. 988/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 927/88 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tomaten mit Ursprung auf den Kanarischen Inseln

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 824/88⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Durch die Verordnung (EWG) Nr. 927/88 der Kommission⁽³⁾ ist eine Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Tomaten mit Ursprung auf den Kanarischen Inseln eingeführt worden.

Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 hat die Bedingungen festgelegt, unter denen eine in Anwendung des Artikels 25 der genannten Verordnung festgesetzte Ausgleichsabgabe geändert wird. Aufgrund dieser Bedingungen wird die Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Tomaten mit Ursprung auf den Kanarischen Inseln geändert.

Nach Artikel 1 Absatz 5 des Protokolls Nr. 2 im Anhang zur Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals⁽⁴⁾ gilt im Handel mit Erzeugnissen des Anhangs II des EWG-Vertrags zwischen der Gemeinschaft und den Kanarischen Inseln die allgemeine Außenhandelsregelung der Gemeinschaft.

Nach Artikel 4 des Protokolls gilt für die in dessen Anhang A genannten Erzeugnisse, darunter Tomaten eine Präferenzregelung im Rahmen des mit der Verordnung (EWG) Nr. 4063/87 des Rates⁽⁵⁾ eröffneten Zollkontingents —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 927/88 erwähnten Beträge von 14,60 und 15,54 ECU werden durch die Beträge von 57,68 und 61,36 ECU ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. April 1988 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1988, S. 5.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 91 vom 8. 4. 1988, S. 11.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 9.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1987, S. 17.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 989/88 DER KOMMISSION

vom 14. April 1988

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3989/87⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 2 vierter Unterabsatz,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 bestimmt, daß der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen für diese Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.

Gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die Grundregeln für die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von Getreide und über die Kriterien für die Festsetzung des Erstattungsbetrags⁽³⁾ müssen die Erstattungen festgesetzt werden unter Berücksichtigung der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung der Verfügbarkeit des Getreides und seines Preises in der Gemeinschaft einerseits und der Preise für Getreide und Getreideerzeugnisse auf dem Weltmarkt andererseits. Nach dem gleichen Artikel ist außerdem auf den Getreidemärkten eine ausgeglichene Lage und eine natürliche Entwicklung hinsichtlich der Preise und der Handelsströme zu gewährleisten. Ferner sind der wirtschaftliche Aspekt der Ausfuhr und die Notwendigkeit zu berücksichtigen, Störungen auf dem Markt der Gemeinschaft zu vermeiden.

Die Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 hat in Artikel 3 die besonderen Kriterien festgesetzt, die bei der Berechnung der Erstattungen für Getreide zu berücksichtigen sind.

Für Mehle, Grobgrieß und Feingrieß aus Weizen und Roggen sind diese besonderen Kriterien in Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 definiert. Außerdem muß die auf diese Erzeugnisse anwendbare Erstattung unter Berücksichtigung der zur Herstellung der betreffenden Erzeugnisse notwendigen Getreidemenge berechnet werden. Diese Mengen sind in der Verordnung

Nr. 162/67/EWG der Kommission⁽⁴⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1607/71⁽⁵⁾, festgesetzt worden.

Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können die Unterteilung der Erstattung für gewisse Erzeugnisse gemäß ihrer Bestimmung notwendig machen.

Die Erstattung muß mindestens einmal monatlich festgesetzt werden ; sie kann innerhalb dieses Zeitraums abgeändert werden.

Um ein normales Funktionieren der Erstattungsregelung zu erlauben, ist bei der Berechnung der Erstattungen zugrunde zu legen :

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁷⁾,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und während eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedankenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeffizienten festgestellt wird.

Infolge der Einführung der Kombinierten Nomenklatur durch die Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates⁽⁸⁾ wurde das ab 1. Januar 1988 für die Ausfuhrerstattungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse geltende Zolltarifschema mit der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87⁽⁹⁾ festgelegt.

Bei Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige Lage der Getreidemärkte und insbesondere auf die Notierungen oder Preise dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt ist die Erstattung in Höhe der im Anhang genannten Beträge festzusetzen.

Gemäß Artikel 275 der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals können Erstattungen bei der Ausfuhr nach Portugal gewährt werden. Aufgrund der Prüfung der Lage und des Preisniveaus ist die Festsetzung von Erstattungen bei der Ausfuhr nach Portugal nicht in Betracht zu ziehen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 78.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. 128 vom 27. 6. 1967, S. 2574/67.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 168 vom 27. 7. 1971, S. 16.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 256 vom 7. 9. 1987, S. 1.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

2727/75 genannten Erzeugnisse im ursprünglichen Zustand sind im Anhang festgesetzt.

Es wurde keine Erstattung für die Ausfuhr nach Portugal festgesetzt.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. April 1988 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. April 1988

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. April 1988 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen

(ECU/Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Erstattungsbetrag
0709 90 60 000	—	—
0712 90 19 000	—	—
1001 10 10 000	01	80,00
1001 10 90 000	04	30,00 (2)
	05	25,00 (2)
	11	24,00 (2)
	02	20,00 (2)
1001 90 91 000	01	80,00
1001 90 99 000	03	92,00
	02	0
	08	98,00
1002 00 00 000	03	92,00
	06	20,00
	07	15,00
	02	25,00
	09	95,00
	13	95,00
1003 00 10 000	01	80,00
1003 00 90 000	03	96,00
	02	25,00
1004 00 10 000	01	50,00
1004 00 90 000	—	—
1005 10 90 000	—	—
1005 90 00 000	03	112,00
	02	0
1007 00 90 000	—	—
1008 20 00 000	—	—
1101 00 00 110	01	140,00
1101 00 00 120	01	140,00
1101 00 00 130	01	121,00
1101 00 00 150	01	112,00
1101 00 00 170	01	103,00
1101 00 00 180	01	92,00
1101 00 00 190	—	—
1101 00 00 900	—	—
1102 10 00 100	01	140,00
1102 10 00 200	01	140,00
1102 10 00 300	01	140,00
1102 10 00 500	01	140,00
1102 10 00 900	—	—
1103 11 10 100	02	280,00
1103 11 10 200	01	265,00
1103 11 10 500	01	236,00
1103 11 10 900	01	223,00
1103 11 90 100	01	140,00
1103 11 90 900	—	—

(¹) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen :

- 01 alle Drittländer,
- 02 andere Drittländer,
- 03 die Schweiz, Österreich und Liechtenstein,
- 04 Zone II und III,
- 05 Algerien,
- 06 Japan,
- 07 Südkorea,
- 08 Ceuta, Melilla,
- 09 Zone II b,
- 11 Tunesien,
- 13 Israel.

(²) Die Erstattung kann nur gewährt werden, wenn die Qualität des ausgeführten Marktweizens mindestens der in Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1569/77 definierten Qualität entspricht mit Ausnahme des Kornbesatzes (andere als fleckige Körner und/oder Fusariumbefall): höchstens 7 %, davon 5 % Weichweizen oder anderes Getreide.

NB. Die Zonen sind diejenigen, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1124/77 (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1977), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 296/88 (ABl. Nr. L 30 vom 2. 2. 1988), bestimmt sind.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

RICHTLINIE DES RATES

vom 11. April 1988

zur Änderung der Richtlinie 85/3/EWG über die Gewichte, Abmessungen und bestimmte andere technische Merkmale bestimmter Fahrzeuge des Güterkraftverkehrs

(88/218/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 75,
auf Vorschlag der Kommission ⁽¹⁾,nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽²⁾,nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialaus-
schusses ⁽³⁾.In der Richtlinie 85/3/EWG ⁽⁴⁾ ist für alle Fahrzeuge eine
höchstzulässige Breite von 2,50 m festgelegt.Für die Beförderung von Waren in temperaturgeführtem
Zustand müssen Spezialfahrzeuge eingesetzt werden,
deren Wände isoliert sind.Zusätzlicher Innenraum ist notwendig, um die Luftzirku-
lation sicherzustellen und die Berührung der Ladung mit
den Wänden zu verhindern. Nach dem heutigen Stand
der Isolierungstechnik sollten die Wände mindestens 45
mm dick sein. Daher ist es unmöglich, Standardpaletten
mit Abmessungen von 1,20 m × 0,80 m wirtschaftlich zu
verwenden und gleichzeitig die höchstzulässige Breite von
2,50 m einzuhalten.Infolgedessen sollte nur für die Gruppe der „Isotherm-
Fahrzeuge“ die in der Richtlinie 85/3/EWG festgesetzte
höchstzulässige Breite von 2,50 m angehoben werden —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN :

Artikel 1

Die Richtlinie 85/3/EWG wird wie folgt geändert :

1. In Artikel 2 wird nach dem vierten Gedankenstrich
folgender Gedankenstrich eingefügt :„— 'dickwandiges Isotherm-Fahrzeug' jedes Fahrzeug,
dessen feste oder abnehmbare Aufbauten beson-
ders für die Beförderung von Gütern in tempera-
turgeführtem Zustand entsprechend den Klassen
B, C, E und F des Übereinkommens vom 1.
September 1970 über internationale Beförde-
rungen leicht verderblicher Lebensmittel und
über die besonderen Beförderungsmittel, die für
diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP),
ausgerüstet sind und dessen Seitenwände
einschließlich der Wärmedämmung mindestens
45 mm dick sind;“.

2. Anhang I Nummer 1.2 erhält folgende Fassung :

„1.2. Größte Breite :

a) alle Fahrzeuge	2,50 m,
b) Kühlaufbauten von dickwandigen
Isotherm-Fahrzeugen	2,60 m“.

*Artikel 2*Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen
Maßnahmen, um dieser Richtlinie spätestens ab 1. Januar
1989 nachzukommen. Die Mitgliedstaaten setzen die
Kommission von diesen Maßnahmen unverzüglich in
Kenntnis.*Artikel 3*

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Luxemburg am 11. April 1988.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

H. RIESENHUBER

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 148 vom 6. 6. 1987, S. 10.⁽²⁾ ABl. Nr. C 305 vom 16. 11. 1987, S. 152.⁽³⁾ ABl. Nr. C 319 vom 30. 11. 1987, S. 25.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 2 vom 3. 1. 1985, S. 14.